

Unter der Käseglocke des nationalen Sozialismus

Die SED, die kleinen Nazis und die Konservierung des Nationalismus

Jochen Stadt

Die Wehrmacht ist ein unverzichtbarer Traditionsbestand der westdeutschen Bundesrepublik. Als negatives Identifikationsobjekt wirkte sie für einen erheblichen Teil der heute vierzig bis sechzigjährigen generationsprägend. Der politische, mediale und zum Teil glaubensbekenntnishafte Zuspruch, den die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung erhielt, wäre ohne die mentale Disposition der westdeutschen 68er Generation und ihrer Zöglinge kaum erklärbar. Für die Mehrheit der linksgewendeten jungen Westdeutschen, die der Gnade der späten Geburt teilhaftig wurden, eröffnete sich durch die widerwillige Teilhabe an der NSDAP- und Wehrmachtsvergangenheit ihrer Eltern- und Großelterngeneration ein westdeutscher Sonderweg permanenten Eigendünkels. Der bestand und besteht in der abgrenzenden Bestätigung moralischer Überlegenheit. Dieses Bewußtsein lud sich nicht wie im Fall der NS-Generation durch nationalistische und rassistische Selbstüberhebungen auf, sondern beruht auf einer autosuggestiv gespeisten moralischen Selbstüberschätzung. Dazu trugen die gesamtdeutschen Antifa-Kampagnen der SED nicht unerheblich bei.

In der DDR speiste sich der landeseigene Antifaschismus aus der Verdrängung des Gegenwärtigen, aus einer massenhaften Exkulpation der NS-Mitläufer. Faschisten und Kriegstreiber befanden sich nur in Westdeutschland und dort zum Teil sogar schon wieder an den Schaltstellen der Macht. Die Bundeswehr war als Nachfolgeorganisation der Wehrmacht ein Hort der Aggression, die Nationale Volksarmee der DDR hingegen das Heer des Friedens und der Befreiung. Tatsächlich aber wäre auch die DDR ohne eine Integration der ehemaligen NSDAP- und Wehrmachtsangehörigen nicht wieder auf die Beine gekommen.

Im politischen Handgemenge mit dem „westdeutschen Vasallenstaat“ hat sich die SED von Anfang an nicht gescheut, nationalistische Vorurteile zu bedienen, wenn ihr das politisch opportun erschien. Die ersten Versuche der deutschen Kommunisten, an das beleidigte Nationalgefühl ihrer Landsleute anzuknüpfen, führen freilich weit vor die SED-Gründung in die zwanziger Jahre des Zwanzigsten Jahrhundert zurück, als die KPD mit dem „Schlageter-Kurs“ und dem Programm zur „nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands“ versuchte, der weit verbreiteten nationalen Empörung gegen die ungerechte Behandlung Deutschlands durch die Sieger des Versailler-Vertrages Rechnung zu tragen. Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) bildete in gewisser Weise die Brücke, über die dieses Traditionselement aus den zwanziger Jahren in die vierziger hinübergelange. Zwar führte die von der Exil-KPD erdachte NKFD-Propaganda, die auf einen Nationalismus gegen Hitler spekulierte, nicht zu einem Erfolg - sprich Aufstand - in Nazi-Deutschland, sie schuf aber gleichwohl die Rahmenbedingungen für den raschen Umschulungsprozeß, der innerhalb kürzester Zeit aus Wehrmachtsoffizieren und Soldaten jene „Genossen Kriegsgefangenen“ machte, die als Kaderreserve 1945 bereit standen und mit den Vorauskommandos der KPD unter Ulbricht, Ackermann und Sobottka von der Roten Armee in das sowjetische Besatzungsgebiet geschafft wurden. Die paßgerechten Meinungsumschwünge ehemaliger Parteigänger Hitlers, waren also schon praktisch erprobt, als man 1945 in Deutschland zu Werke ging.

Das was Stalin und die deutschen Kommunisten vorhatten, wäre auch gar nicht anders zu machen gewesen, als unter baldiger Einbeziehung der „kleinen Nazis“. Die neue Ordnung brauchte Ordnungskräfte und zwar von Anfang an. Dieses Vorgehen verstanden allerdings viele Kommunisten nicht, die diszipliniert im inneren Deutschlands ausgeharrt, gekämpft, gelitten und überlebt hatten. Sie wurden deswegen schon im Mai 1945 von Ulbricht als „Sektierer“ abqualifiziert. Wie erheblich die damaligen Differenzen ausfallen konnten, hatte sich beispielsweise in Berlin-Charlottenburg gezeigt, als die dort im provisorisch eingerichteten Polizeidienst tätigen Inlandskommunisten damit drohten, den von Stadtkommandant Generaloberst Bersarin eingesetzte Berliner Polizeichef Paul Markgraf - einen in Moskau umgeschulten Wehrmachtsoberst - „einfach zu verhaften, wenn er sich noch einmal wage, nach Charlottenburg zu kommen und Forderungen zu stellen“.¹ Doch mit solchen Kommunisten, war nun 'mal kein Staat zu machen und das war den maßgebend gestalterischen Kräften um Walter Ulbricht und ihrer sowjetischen Schutzmacht von Anfang an klar.

Der Umgang mit den volkseigenen Nationalsozialisten

Im Dezember 1947 sprach Anton Ackermann, der ein Jahr zuvor den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ verkündet hatte, vor SED-Funktionären über die Integration ehemaliger Nazi-Mitläufer. Demnach sollten jungen Nazi-Mitläufer der Jahrgänge ab 1919 mit folgender Argumentation für die SED gewonnen werden: „Das, was ihr vom Faschismus erwartet habt, nämlich eine neue Weltordnung, eine neue soziale Ordnung, den sogenannten deutschen Sozialismus, konnte euch der Faschismus niemals bringen, denn er war ja nichts anderes als die schlimmste, großkapitalistische Reaktion. Aber das, was der Faschismus nicht verwirklichen konnte, wird nun der Marxismus, der wissenschaftliche Sozialismus, verwirklichen.“

Die Wiedereingliederung ehemaliger NS- und Wehrmichtsangehöriger begann in Ostdeutschland offiziell mit dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16. August, der die „Wiederaufnahme (sic!) ehemaliger NSDAP-Mitglieder in antifaschistische Parteien“ zuließ.² Per Befehl wurde somit offiziell festgestellt, daß es „unter den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei vaterländisch gesinnte Menschen aus dem Volk gab und gibt, die imstande und gewillt sind, jetzt gemeinsam mit den demokratischen Kräften der Gesellschaft an der Sicherung der Einheit und der demokratischen Entwicklung Deutschlands ehrlich mitzuarbeiten“.

Wie schnell einige Untergliederungen der SED mit der Integration ehemaliger Nazis - sogenannter kleiner Pgs - vorankamen zeigen folgende Zahlen. In Thüringen waren 1948 schon 5,3 Prozent der SED-Mitglieder ehemalige NSDAP-Angehörige. Bis 1954 stieg ihr Anteil auf insgesamt 8,6 Prozent. In einzelnen Bezirksverbänden lagen die Spitzenwerte der zur SED bekehrten Nazis bei 12,5 Prozent (Magdeburg) oder 15,4 Prozent

1 Bericht des KPD-Instruktors Hahn an Walter Ulbricht „Zur Lage in Charlottenburg“ vom 30. Mai 1945. SAPMO-BArch, IPA, NY 4182/851a. Vgl. generell hierzu Gerhard Keiderling: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin, April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993; sowie Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke (Hg): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.

2 Vgl. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 - 1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999, S. 415.

(Erfurt). Rechnet man NS-Gliederungen wie NSKV, HJ oder BDM hinzu, so hatten 1954 in Erfurt 35,8 Prozent der SED-Mitglieder eine braune Vergangenheit.³

Diese Verankerung der SED im deutschen Volkskörper verlief - und das ist im Kontext der aktuellen Debatten von Belang - ohne zeitgenössische öffentliche Auseinandersetzung. Parteiinterne Kritiker - traditionsverhaftete Kommunisten und Sozialdemokraten -, die sich weigerten, mit den ehemaligen „Nazi-Lümmels“ zusammenzuarbeiten, wurden stillgestellt oder ausgeschlossen. Auch eine nachholende Politisierung des Integrationsprozesses durch die nachwachsende Generation, wie sie sich in der Bundesrepublik ereignet hat, fand in der DDR nicht statt. Hier wurde die erfolgreiche Integration bis zum Ende der SED-Diktatur „beschwiegen“. Die volkseigenen Nationalsozialisten der DDR waren wie vom Erdboden verschluckt. Sogar heute noch versuchen Apologeten des Regimes, die damit verbundene Problematik mit dem Argument totzuschlagen, in der Bundesrepublik sei alles viel schlimmer gewesen.

Die SED hatte seit 1959 immer wieder Enthüllungskampagnen gegen ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtsoffiziere in „Schlüsselstellungen des westdeutschen Staates“ inszeniert und damit zu beträchtlicher Beunruhigung vor allem bei der jüngeren Generation beigetragen. Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, gemeint war damit die DDR, verbreitete 1965 in Ost- und Westdeutschland ein „Braunbuch“ über „Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin“, in dem kritisiert wurde, daß „heute noch immer weit über 2300 Nazi- und Kriegsverbrecher und NS-Belastete in Machtpositionen des Staates und der Wirtschaft“ tätig seien.

In der DDR hingegen, so wurde betont, sei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern der Zugang zu leitenden Positionen verwehrt geblieben. Im „Braunbuch“ wurde behauptet, daß „nach 1945 der weitaus größte Teil der Kriegs- und Naziverbrecher in die westlichen Besatzungszonen flüchtete“⁴ und „Westdeutschland heute ein Paradies für Nazi- und Kriegsverbrecher“ sei.⁵ Tatsächlich aber lebten, als es mit der DDR los ging, dort rund 1,5 Millionen frühere Parteigenossen (Pgs.) der NSDAP. Nach Angaben des „Braunbuches“ wurde in der SBZ/DDR bis Mitte der sechziger Jahre in 16.583 Fällen Anklage gegen vormalige NSDAP- und Wehrmichtsangehörige erhoben. 12.818 dieser Verfahren endeten mit einer Verurteilung wegen Beteiligung an Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit. In 5.090 Fällen verhängten die Gerichte Freiheitsstrafen über drei Jahren, 239 Mal lebenslange Zuchthausstrafen und 119 Angeklagte wurden wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt.⁶ Was aber geschah mit den anderen Parteigenossen und Kriegsteilnehmern? Einen versteckten Hinweis dazu enthielt das Braunbuch selbst: „Wir denken nicht daran, irgend jemandem, der einmal einen politischen Irrtum beging, inzwischen aber längst seinen Fehler erkannt und einen neuen Weg beschritten hat, aus seiner Vergangenheit einen Vorwurf zu machen“.⁷ Nur wie sollte das vor sich gegangen sein, daß in der DDR alle ehemaligen Nazis „einen neuen Weg beschritten“

3 Vgl. Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 - 1953. Paderborn, München, Wien, Zürich 2 000, S. 502 ff.

4 Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR: Braunbuch Kriegs- und Naziverbrechen in der Bundesrepublik und Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, Berlin 1968 (3. Auflage), S. 8.

5 Ebenda S. 9.

6 Ebenda S. 8.

7 Ebenda S. 10.

während sich in der Bundesrepublik alle uneinsichtigen Nazis sammelten und die Machtpositionen des neuen Weststaates besetzten.

Die SED hat durch ihre Art der Vergangenheitsbewältigung dafür Sorge getragen, daß Zahlenangaben über die Wiederverwendung von NSDAP- und Wehrmichtsangehörigen nicht bekannt wurden. Gleichwohl hielt sich die SED-Führung durch parteiinterne Erhebungen über den Stand der Dinge stets exakt auf dem Laufenden. Das Politbüro der SED ließ regelmäßig geheime Statistiken über die Zahl ehemaliger NS-Parteigenossen in der SED anfertigen. Genau zu der Zeit, als der wortmächtige SED-Propagandachef Albert Norden 1959 die erste großangelegte Enthüllungskampagne gegen die „Renazifizierung Westdeutschlands“ vom Zaune brach, saßen unter den 400 Mitgliedern der DDR-Volkskammer 31 ehemalige NSDAP-Leute, 9 weitere hatten NS-Untergliederungen angehört und 26 der HJ bzw. dem BDM. Diesen insgesamt 66 Abgeordneten mit NS-Vergangenheit standen 85 gegenüber, die vor 1933 der SPD bzw. KPD angehört hatten sowie 24 Mitglieder bürgerlicher Parteien. 17 Volkskammerabgeordnete waren aus dem sowjetischen und 18 aus westlichem Exil zurückgekehrt, 57 hatten eine politische Haft hinter sich. Ähnlich wie im Bundestag saßen also auch in der Volkskammer neben NSDAP-Leuten die Emigranten und politische Häftlinge des NS-Regimes.

Nicht viel anders als im Westen sah es in der Volkskammer bei den Kriegsteilnehmern aus. 175 Volkskammerdelegierte hatten in der Wehrmacht gedient, 29 davon als Offiziere, 23 als Ober- bzw. Feldwebel, 23 als Unteroffiziere. Immerhin 51 Abgeordnete waren in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, hatten demnach also am „Vernichtungskrieg“ im Osten teilgenommen. Da 23 Abgeordnete in der Statistik nicht erfaßt waren, dürfte die Zahl der NS- und Wehrmichtsangehörigen in der Volkskammer noch etwas höher gelegen haben.⁸

In den 15 Bezirksräten der DDR besaß die Wehrmichtsfraktion mit 52,73% sogar die absolute Mehrheit. Aus der NSDAP stammten 12 von 256 Ratsmitglieder, 10 hatten NS-Frontorganisationen angehört und 13 HJ oder BDM. Insgesamt 35 Ratsmitgliedern mit NS-Vergangenheit saßen 41 aus den Arbeiterparteien und drei aus bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik gegenüber. Die Zahl der Reemigranten lag deutlich niedriger als in der Volkskammer, nur einer war aus dem sowjetischen und sechs aus dem westlichen Exil zurückgekehrt.⁹

Der Blick nach Unten, in die Niederungen einer Kreisorganisation der SED im Berliner Arbeiterbezirk Pankow zeigt, daß dort sechs Jahre nach der Zerschlagung des NS-Regimes 339 ehemalige Nationalsozialisten in diese insgesamt 4.970 Mitglieder starke Kreisparteiorganisation aufgenommen worden waren. Die Zahl der Kriegsteilnehmer ist der Statistik aus dem Jahr 1951 nicht zu entnehmen, wohl aber die der ehemaligen Kriegsgefangenen. Sie belief sich in dieser Kreisorganisation auf 778, wovon 265 an der Ostfront in sowjetische Gefangenschaft geraten waren.

Der Blick nach Oben, in die DDR-Ministerien des Jahres 1951 zeigt, daß hier die Integration ehemaliger Nationalsozialisten und verantwortlicher Kriegsteilnehmer schon weiter fortgeschritten war. Während in den acht SED-Kreisparteiorganisationen Ost-Berlins zu diesem Zeitpunkt unter rund 57.000 Parteimitgliedern nur 172 ehemalige Wehrmachtsoffiziere organisiert waren befanden sich unter den SED-Mitgliedern in der DDR-Ministerialbürokratie bereits 328 Weltkriegsoffiziere. Noch höher lag der Anteil

8 Otto Schön: Protokoll Nr. 39/58 des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 16. 9. 1958. SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/2A - 651.

9 Otto Schön: Protokoll Nr. 43 des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 14. 10. 1958. SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/2A - 659.

früherer Ober- und Feldwebel. In der Ost-Berliner SED waren 848 von ihnen organisiert, unter den SED-Funktionären in den DDR-Ministerien 2.039.

Auch die Eingliederung ehemaliger NSDAP-Mitglieder war auf Ministeriumsebene zügiger erfolgt als an der Parteibasis. Unter den 5.833 SED-Funktionären in der DDR-Ministerialbürokratie befanden sich 1951 immerhin 940 frühere Nationalsozialisten. Sogar in der Landespartei- und Parteischule waren schon 5 ehemalige NSDAP-Mitglieder unter den 278 dort tätigen Kaderausbildern.¹⁰

„Damit Deutschland den Deutschen gehört“

Zu Beginn des Jahres 1951 hatte die FDJ auch in der Jugendpolitik ihre mit stark nationalistischen Anklängen umrahmte Kampagne gegen die Westorientierung der Bundesrepublik und die starke Bindung der Regierung Adenauer an die USA erneut angefangen.¹¹ Im Zuge dieser Kampagne kam es am 29. und 30. Januar 1951 auf Vermittlung von Probst Heinrich Grüber unter dem Dach der Evangelischen Kirche in Berlin zu einer denkwürdigen Zusammenkunft von Vertretern des FDJ-Zentralrats mit ehemaligen HJ-Führern und Wehrmachtsoffizieren. In der Presserklärung der FDJ hieß es dazu: „Zu einem Zeitpunkt, da sich Deutschland in der größten Gefahr seiner Geschichte befindet, die nicht nur seine Existenz, sondern den Frieden der Welt bedroht, trafen sich in Berlin am 29. und 30. Januar 1951 Vertreter der jungen Kriegs- und Frontgeneration aus allen Teilen Deutschlands zu einem Gesamtdeutschen Gespräch.“ An dem Gespräch nahmen Mitglieder der ehemaligen HJ, des BDM und anderer NS-Organisationen sowie Angehörige der ehemaligen Widerstandsbewegung teil. Angeführt wurde die Delegation des FDJ-Zentralrats von Margot Feist. Dr. FDJ-Vorsitzende Erich Honecker - Margot Feists späterer Ehemann - nahm kurzzeitig an einem Essen beider Delegationen teil. Als Vermittler des Gesprächs hatte sich Bischof Dibelius zur Verfügung gestellt. Die erste Besprechung fand im Raum einer Kirchengemeinde in West-Berlin statt, die zweite in Ost-Berlin.

Im gemeinsamen Abschlußkommunique des Treffens wurde erklärt: „In der Erkenntnis der verhängnisvollen politischen Spannungen, durchdrungen von der Bedeutung der schicksalhaften Zusammengehörigkeit der Deutschen, und willens, unter allen Umständen den Bruderkrieg zu verhindern, wurde in Übereinstimmung mit dem vielfach geäußerten Willen der deutschen Jugend einmütig die Remilitarisierung Deutschlands abgelehnt.“ Laut dem internen FDJ-Bericht über die darin sogar „Konferenz“ genannte Veranstaltung, glaubte die FDJ-Seite, daß die „Aggressionspolitik der anglo-amerikanischen Imperialisten und deren Lakaien in Westdeutschland“ ein „Zustandekommen der Einheit unbedingt verhindern“ wolle. Es komme jedoch dessen ungeachtet dazu, daß immer breitere Kreise der Bevölkerung den „Kampf der nationalen Verteidigung“ aufnehmen. „Vor etwa fünf Wochen erfaßte diese Bewegung des nationalen Widerstands zum ersten Mal auch weitere Kreise, ehemalige HJ-Führer und Offiziere.“ Nach einer Reihe von Vorbesprechungen, kam es dann zu der als „1. Treffen“ bezeichneten Zusammenkunft, die von der FDJ als „erfolgreich“ eingeschätzt wurde.

Interessant ist die Teilnehmerliste, da aus ihr die frühere Organisationszugehörigkeit der beteiligten Mitglieder des FDJ-Zentralrates hervorgeht. Normalerweise wurde derartige auch in internen Berichten nicht in dieser Art festgehalten.

¹⁰ Landesüberprüfungskommission Berlin: Berichte über den Stand der Überprüfung und die Ausgabe der Parteidokumente erstellt zwischen dem 5. und 20. September 1951. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/IV 2/5 - 1657, Bestand ZK, Parteiorgane.

¹¹ Vgl. zu den Anfängen dieser Kampagne Michael Herms, Karla Popp: Westarbeit der FDJ 1946-1989. Eine Dokumentation, Berlin 1997 S. 83 und S. 133.

Delegation der FDJ:

- Margot Feist (24), Sekretär des Zentralrats (ZR)
- Dieter Schmotz (24), Sekretär des ZR, früher Stammführer HJ
- Rogèè (22), Mitarbeiter des ZR, früher Gefolgschaftsführer HJ
- Sonja Klinz (26), Mitglied ZR, früher Mädelhauptgruppenführerin
- Heinrich Külkens (43) Abteilungsleiter des Präsidiums des Nationalrates
- Georg Wieber (63), stellvertr. Abteilungsleiter des Präsidiums des Nationalrates
- Kruppke (ca. 30 Jahre), Hauptvorstand der CDU
- Siegfried Dallmann, Finanzminister von Brandenburg, früher Gaustudentenführer
- Eckhardt LPD
- Metzner FDGB (ca. 24 Jahre)
- Werner Scheile, Amt für Jugendfragen im Ministerium Horst Dreßler-Andres, Hauptvorstand NDP, früher Präsident der Reichsrundfunkkammer

Delegation Bundesrepublik:

- Wilhelm Jurcek, Wedel Holstein, Kaufmann, früher Oberbannführer
- Helmuth Eiffert (36), Cuxhaven, Kaufmann, früher Hauptbannführer
- Karl-Heinz Borchert (33), Mölln/Lauenburg, Klempner, früher Hauptbannführer
- Karl Cerff (45), Heidelberg, Kaufmann, früher Kulturarbeit in der HJ
- Edmund Leser (35), Hannover, Jugend und Studentearbeit, früher KLV und Studentearbeit
- Hans Schmitz (43), Hamburg, Buchhalter, früher Gebietsführer
- Erich Hauth, (36), Hamburg, kaufmännischer Vertreter, früher Bannführer
- Werner Nurswiek (34), Hamburg, kaufm. Angest., früher Bannführer
- Gertrud Herr (39), W./Föhr, Hausfrau, früher Frauenschulleiterin
- Herbert Dei (38), Berlin, Germanistikstudium, früher Oberbannführer
- Rotraut Waldmann (28), Hamburg, Schriftführerin.

Um anschaulich zu machen, wie auf diesem „Gesamtdeutschen Gespräch“ miteinander gesprochen wurde, seien hier einige Redeauszüge wiedergegeben. Wilhelm Jurcek betonte zunächst, die ehemaligen Jugendführer und -führerinnen hätten seit 1945 geschwiegen, weil sie glaubten, daß jeder einzelne zur Besinnung gekommen wäre. Nun habe man sich in Briefen an Adenauer und Grotewohl gewandt, da eine Weiterführung der jetzigen Politik eine „Gefahr für unser Weiterbestehen als Volk in seiner Substanz“ darstelle. „Aber in dieser Zeit haben wir uns gesagt, wenn wir einmal eine deutsche Jugend führen durften, so können wir uns auch heute der Verantwortung nicht entbinden, die auf uns liegt, nämlich, uns heute wieder zu Wort zu melden. Und aus dieser Verantwortung heraus haben wir versucht den Weg zu finden zu deutschen Menschen hier im Osten.“ Hans Schmitz begründet seine Bereitschaft zu diesem Gespräch damit, daß man einen Bruderkrieg verhindern müsse. Für die FDJ-Delegation sagte Margot Feist, der gemeinsame Antrieb des Gesprächs sei die Besorgnis, wie es in Deutschland weitergehen solle. „Was ist zu tun, damit das Wirklichkeit wird, daß allen deutschen Menschen, was sie sich alle wünschen, einmal die Einheit Deutschlands und um jeden

Preis die Erhaltung des Friedens“ erreicht werde. „Wir müssen heute eine bestimmte Sprache sprechen. Viele von uns, vor allem auch aus diesem Kreis, haben Herrn Adenauer nicht verstanden, als er die Antwort auf den Brief unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gab. Er hat, unserer Auffassung nach, amerikanisch gesprochen. Aber wenn wir offen und ehrlich deutsch miteinander sprechen und ungeachtet der Dinge, die uns gestern und heute trennen mögen, dann glaube ich, besteht die Möglichkeit, daß wir dazu beitragen können, daß das deutsche Volk in den nächsten Wochen und Monaten wirklich selbst die Sache in die Hand nimmt und spricht für Einheit und Frieden.“

In den Einschätzungen der FDJ-Delegation über das Gespräch wurde die Zusammenarbeit der Gruppe mit einer „Nationale Front des Westens“ erwogen sowie die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung. Nach der Zusammenkunft verfaßte die FDJ-Seite kurze Einschätzungen der Westteilnehmer. Der Fischhändler Eifert habe sich nur aus kaufmännischem Interesse an einem reibungslosen Interzonenhandel an der Zusammenkunft beteiligt, heißt es darin; oder Herr Diem sei ein sehr kritischer Zeitgenosse, da er in sowjetischer Gefangenschaft war und „hinter allen Maßnahmen nur die propagandistische Seite sehe“. Eine ehemalige BDM-Führerin wird sehr positiv eingeschätzt. Trotz ihrer stark idealistischen Orientierung, „sieht sie viele Berührungspunkte aus ihrer damaligen Tätigkeit mit der unsrigen und dürfte als absolut positiv zu gewinnen sein.“ In einer weiteren Einschätzung wird allerdings auch gewarnt, daß die Aktivität der Gesprächspartner wirklich „dem Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung entspringen müsse“ und nicht etwa einer Aufforderung durch die DDR Seite zur Teilnahme am Friedenskampf. „Andernfalls würden sie vielleicht in ihren, immer zum Teil noch vorhandenen faschistischen Auffassungen des 'Führerprinzips' bestärkt werden“.¹²

Ob die Art und Weise, wie sich die FDJ damals bei öffentlichen Aufmärschen zur Schau stellte und den „großen Führer des Weltproletariats“ Josef Stalin auf riesigen Plakaten durch die Straßen schleppte, geeignet war, nationalistisch denkende Kreise vom „Führerprinzip“ abzubringen, darf bezweifelt werden. Vielmehr bestätigen die vielfältigen Misch- und Übergangsformen vom einer Gesinnung zur anderen, eine Überlegung, die den Altvorderen der Frankfurter Schule schon in den frühen vierziger Jahren gekommen war: Der Autoritäre Charakter ist keine Systemfrage.

Wie weit sich die „linke“ SED-Propaganda Anfang der fünfziger Jahre in die Urgründe der „Deuschtümelei“ verstiegen hat, mag eine Umdichtung des Kampfliedes „Roten Wedding“¹³ verdeutlichen, die Ernst Busch 1950 in seiner „Lied der Zeit GmbH“ auf Platte bannte:

*„Links, links, links, links,
die Trommeln werden gerührt.
links, links, links, links,
der rote Wedding marschiert!
Und schlug auch der Feind uns're Besten tot
der Wedding kommt wieder, Berlin bleibt rot
damit Deutschland den Deutschen gehört!“*

12 Georg Wieber u.a., FDJ-Zentralrat: Treffen von Vertretern der jungen Kriegs- und Frontgeneration zu einem Gesamtdeutschen Gespräch am 29. und 30. Januar 1951, FDJ-Zentralrat ZAG, SAPMO-BArch, DY 24/11.778

13 Text Erich Weinert, Komposition Hanns Eisler.

Aus dem gleichen Jahr stammt ein Text von Ernst Busch, den Hanns Eisler vertont hat:

*„Go home, Ami, Ami, go home,
laß in Ruh' den deutschen Strom
sag'good bye dem Vater Rhein
rühr' nicht an sein Töchterlein!
Loreley, so lang du singst
wird Deutschland sein!“¹⁴*

Doch nicht nur in den Jahren des nationalistischer Propaganda gewürzten scharfen Antiamerikanismus der frühen fünfziger Jahre, war volkstümelndes Liedgut in der DDR verbreitet. Die kleinen „Thälmann-Pioniere“ der achtziger Jahre, die heute bei den Jungnazis in Ostdeutschland eine neue Heimat gefunden haben, wurden seinerzeit mit einem Liedgut vertraut gemacht, daß vor Heimattümelei und Militarismus nur so strotzte. In der Einleitung des Liederbuches, das der FDJ-Zentralrat für seine Kinderorganisation „Thälmann-Pioniere“ herausgab heißt es in der 7. Auflage von 1983: „Überall dort, wo ihr zusammenkommt, in euren Gruppen und Freundschaften, auf Wanderungen und Fahrten, in den Pionierlagern und bei nützlicher Tätigkeit, wollt ihr auch singen.“ Das Liederbuch wolle dazu anleiten, „von unserer schönen Heimat“, der DDR, zu künden.¹⁵ Im inneren des Buches geht es dann zum Beispiel folgendermaßen zur Sache: „Geh' voran Pionier (...) Für unsre Heimat, 'seid bereit', (...) richte vorwärts Deinen Blick, denn die Heimat braucht deine Tat!“¹⁶ Der Teil des Liederbuches, der der Nationalen Volksarmee gewidmet ist, trägt die Überschrift „Heimat dich werden wir hüten“. Die erste Strophe des gleichnamigen Liedes lautet:

*„Heimat in sonnigem Kleide,
droht dir verufene Hand,
hüll dich in stählerne Seide,
webe aus Erz dein Gewand!
Jugend voll Kühnheit geladen,
stark ist dein Herzschlag und warm.
Greift zum Gewehr, Kameraden!
Herz, trommle zornig Alarm!“¹⁷*

Das nächste Lied „Vaterland, kein Feind soll dich gefährden“, enthält zwar die Zeilen - „nicht mehr Haß der Rassen und Nationen, gleiches Recht für jeden, der hier schafft“ - jedoch konnten die „Jungpioniere“ im Alltag kaum erleben, was damit gemeint war. Die ausländischen Vertragsarbeiter lebten abgeschieden in gesonderten Plattenbauten, gleiche Rechte oder gar Lebensbedingungen hatten sie nicht. Natürlich war in den Liedern zu Ehren der Nationalen Volksarmee neben der Heimat auch viel vom Frieden die Rede,

¹⁴ Den Hinweis auf diese Liedtexte verdanke ich Helmut Heinrich und Michael Bernhardt, die 1996 im Rahmen meines Hauptseminars am Otto Suhr Institut der FU eine Arbeit zum Thema „Kulturpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953“ eingereicht haben.

¹⁵ Seid Bereit! Liederbuch der Thälmann-Pioniere, Leipzig 1983.

¹⁶ Ebenda S. 44 f.

¹⁷ Ebenda S. 108.

aber meist verbunden mit einer Orientierung auf Feinde die von außen kommen und die Heimat bedrohen: „Gute Freunde in der Volksarmee, sie schützen uns're Heimat zu Land, zur Luft und auf der See, Juchhei!“¹⁸ Oder um ein letztes Beispiel zu nennen: „Und wir lieben die Heimat, die schöne / und wir schützen sie, weil sie dem Volk gehört, weil sie unserem Volk gehört“.¹⁹

Ein derartiges Liedgut ist in westdeutschen Kindergärten oder anderen mit Kinderbetreuung befaßten Institutionen schlicht unvorstellbar. Dort lernte kein Kind solche Lieder. Das heißt nicht, daß nicht doch Orientierungen weitergegeben wurden, die eine spätere fremdenfeindliche Entwicklung begünstigen können. Doch erfolgte das unter der Hand, durch die Haltungen und Äußerungen von Betreuern, nicht aber durch eine erzieherisch gewollte regelrechte Feindbildpflege und einen national orientierten Heimatkult. Vom heimattreuen Thälmann-Pionier zum heimattreuen Jungnazi war der Weg indes gar nicht so weit, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte. Den Kindern der DDR wurde bis 1989 noch manches mitgegeben, was bald darauf braune Früchte trug.

Oben war die Luft rein

Ganz oben in der Partei freilich, im engsten Führungskreis um Walter Ulbricht und später Erich Honecker war die Luft rein. Hier saßen ausschließlich gediente Kommunisten, Männer die den Nationalsozialismus in der Emigration, im KZ oder Zuchthaus überlebt hatten. Aber schon im zweiten Glied sah es anders aus. Ulbrichts langjährige Referent im Staatsrat der DDR Hans Eichler, der später auch Erich Honecker diente, hatte eine NSDAP-Vergangenheit, den diversen Zentralkomitees der SED gehörten insgesamt 27 ehemalige NSDAP-Mitglieder an und summa summarum acht DDR-Minister und neun stellvertretende Minister waren vor 1945 Parteigenossen der Hitlerpartei, darunter mit Herbert Weiz und Hans Reichelt zwei stellvertretende Ministerratsvorsitzende.²⁰

Rückblickend betrachtet war es ohne Zweifel ein herausragender gesamtdeutscher Erfolg der SED, daß ihr in den sechziger Jahren durch Propaganda und „Vergangenheitspolitik“ die Rückkoppelung der westdeutschen Bundesrepublik an die Verbrechen des Nationalsozialismus gelang, während die realsozialistische Integration ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR praktisch geräuschlos bewältigt wurde. Hinter den Kulissen lärmender Antifa-Kampagnen herrschte in Ostdeutschland dröhnendes „Beschweigen“, das den Wendehälsen des NS-Regimes private Fluchten aus der persönlichen Verantwortung ermöglichte.

Rechtsradikale Zwischenfälle verheimlicht und verdrängt

Die politischen Einstellungen von Kindern und Jugendlichen wurde auch in der DDR in erster Linie durch die Familien und Milieus geprägt. Trotz eines totalitär durchstrukturierten Bildungssystems konnte es das SED-Regime nicht verhindern, daß unter der Oberfläche seiner Erziehungsdiktatur eine verdrängte Vergangenheit weiter virulent blieb. Insbesondere die Überlieferung von Vorurteilen ist nicht auf curricularem Weg zu stoppen. Im Untergrund des offiziell gehegten Antifaschismus kam es in der DDR über

18 Ebenda: Soldaten sind vorbeimarschiert, S. 114.

19 Ebenda: Unsre Heimat, S. 134

20 Vgl. generell hierzu Olaf Kappelt: Braunschweig DDR, Berlin 1981. Kappelt listet im zweiten Teil seines Buches auf 285 Seiten in alphabetischer Reihenfolge ehemalige NSDAP-Mitglieder auf, die es in der DDR zu Amt und Würden gebracht haben.

alle Jahre immer wieder zu einem periodischen Aufflackern neonazistischer Gesinnung und Handlungen. Zum Entsetzen der regierenden Kommunisten tauchten in den Berichten ihrer Sicherheitsorgane seit Mitte der siebziger Jahre verstärkt Zwischenfälle mit rechten Jugendlichen auf, mit Kindern des Sozialismus also, die in der DDR geboren, aufgewachsen und ausgebildet worden waren. Schon in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden parallel zu den Wahlerfolgen der NPD in den westdeutschen Landtagswahlen in zahlreichen Bezirken der DDR Hakenkreuzschmierereien registriert. Als Täter ermittelte die Staatssicherheit damals vorwiegend Lehrlinge und junge Arbeiter, die sich in sehr kleinen Gruppen zusammengetan hatten.²¹ Zehn Jahre später gingen jedoch bei der Zentralen Partei Kontrollkommission im SED-Zentralkomitee Meldungen über neonazistische Vorfälle und „faschistische Gruppenbildungen“ an Schulen der DDR ein, die alarmierender waren, weil rechtsradikale Gesinnung zum Teil aggressiv zur Schau gestellt wurde.

Aus einer Information der Bezirksparteikontrollkommission Dresden geht beispielsweise hervor, daß sich dort im Frühsommer 1977 über dreißig „politische Vorkommnisse“ ereignet hatten. Die Dresdner SED-Funktionäre listeten in ihrem Bericht an das Zentralkomitee dafür eine ganze Reihe von schlechten Beispielen auf. In der 59. Oberschule Dresdens etwa häuften sich „Verherrlichungen faschistischer Symbole und Verbreitung faschistischer Gedankengutes (Gedichte und Lieder auf Hitler, Austausch faschistischer Literatur).“ Kinder sowjetische Staatsbürger seien verhöhnt und beschimpft worden. „An sechs Oberschulen tauchten selbstgegossene Totenkopfabzeichen auf. Von der POS 'Otto Grotewohl' in Bautzen waren 80 Schüler im Besitz eines solchen Abzeichens.“ An der 59. Oberschule wurde der Sohn des Elternaktivvorsitzenden der Klasse 5 a durch Schüler der 8. Klasse geschlagen und der Vater als „Kommunistenschwein“ beschimpft.

Die Schlußfolgerung der SED-Kontrollkommission lautete: „Diese Vorkommnisse widerspiegeln die ideologische Stoßrichtung des Gegners und seinen Einfluß auf einen Teil der Jugend. Sie tragen antikommunistische, antisowjetische und nationalistische Züge. Bei einem ganzen Teil der Vorkommnisse geht es nicht mehr um einzelne Jugendliche, sondern in starkem Maße sind ganze Gruppen beteiligt. Es gebe an vielen Schulen „keine selbständige Gegenreaktionen der FDJ- und Pionierkollektive. (In Bautzen waren 126 Schüler beteiligt. 40 Schüler waren im Besitz von Liedertexten, die den Faschismus verherrlichten. 47 Kinder von Genossen Eltern waren in diese Vorkommnisse verwickelt.)“²²

Dieser Bericht lag auch Erich Honecker vor, der ihn mit zahlreichen Anstreichungen versehen an die Kontrollkommission zurückgab. Der SED-Chef hatte insbesondere jene Passagen hervorgehoben, in denen die schlimmsten Vorkommnisse beschrieben wurden und den Hinweis auf die westdeutschen Einflüsse sogar doppelt markiert. Auch die mit dieser Frage befaßten Offiziere des Staatssicherheitsdienstes führten die Verantwortung für Zwischenfälle mit neonazistischem Hintergrund in der Regel auf westliche Medieninflüsse und Verwandtenbesuche zurück. Eine Ursachenforschung in der eigenen Gesellschaft stand zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Debatte.

21 Vgl. u.a. Walter Borning: Bericht an Albert Norden über Hakenkreuzschmierereien vom 4. April 1966. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/IV A2/2028/134, Büro Norden.

22 Vgl. Erich Mückenberger: Hausmitteilung an Erich Honecker über Zwischenfälle an Schulen und Universitäten im Bezirk Dresden vom 11. Oktober 1977 samt Anlagen. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/vorl. SED 26604, Büro Mückenberger.

Die verantwortlichen Jugendpolitiker in der FDJ-Spitze waren sich allerdings durch ihre internen Meinungsumfragen im Klaren, woher die meisten Jugendlichen ihre politische Prägung bezogen. So befragte eine Untersuchungsbrigade des FDJ-Zentralrats im Frühsommer 1965 in 28 Dörfern des Kreises Prenzlau 1.103 „Jugendliche“ im Alter von 12 bis 25 Jahren. 51,2% der Befragten waren weiblichen, 48,8% männlichen Geschlechts. Insgesamt wohnten damals im Kreis Prenzlau 10.038 männliche und 9.562 weibliche Jugendliche bis 26 Jahre. Nur 2% der Befragten verweigerten die Antworten mit der Begründung, es könnten ihnen daraus Nachteile entstehen. 60,8% der Befragten gehören der FDJ an. Auf die Frage „Wer übt den größten Einfluß auf Deine persönliche Entwicklung aus?“ antworteten 53,3% das Elternhaus, 24,6% nannten die Schule oder die Lehrer, 8,7% Freundinnen und Freunde und nur 3,2% die FDJ.²³ Gleichwohl führte der FDJ-Zentralrat bis zuletzt das Auftreten von Punks und rechtsextremen Skinheads ausschließlich auf „die ideologische Einflußnahme des Gegners“ zurück. Hinsichtlich der in einer FDJ-Untersuchung aus dem Jahr 1988 erwähnten Skinheadgruppen in Cottbus, Dresden, Halle, Magdeburg, Erfurt und Leipzig stellte die FDJ fest: „Sie sind durch Brutalität, Gewalt, Neofaschismus, Antisemitismus und Ausländerhaß gekennzeichnet. (...) Als Musik werden der harte Rock oder andere moderne Musik mit marschähnlichen Rythmen bevorzugt. Ihre Arbeit verrichten sie zum Teil diszipliniert, was ihren Vorstellungen von 'Zucht und Ordnung' entspricht.“²⁴ Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR erstellte im Oktober 1988 eine Liste der von ihm namentlich erfaßten Skinheads. Demnach gab es DDR-weit nur 1.067 Skinheads in fünfzehn Orten, davon die größten Kontingente mit 447 in Ost-Berlin und 120 in Potsdam.²⁵ Die Zahlen dürften der SED-Ideologie zuliebe stark untertrieben worden sein. Auf den einschlägigen Konzerten und Events der Szene, versammelten sich 1988 weit mehr „rechts und deutsch“ gesonnene junge Leute. Der FDJ-Zentralrat hat das in seiner Analyse aus dem Jahr 1988 auch vorsichtig angedeutet: „Gruppierungen haben in der Regel einen sogenannten harten Kern und einen größeren Kreis von Sympathisanten, die sowohl in ihrem Äußeren als auch in ihren Verhaltensweisen nicht in extremer Form in Erscheinung treten.“²⁶

Als es kurz nach dem Ende der SED-Diktatur zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen in der sozialistischen Musterstadt Hoyerswerda kam und Erwachsene dem jugendlichen Mob offen applaudierten, war das Entsetzen groß. Mit dem Ende der Diktatur brachen plötzlich Vorurteile offen hervor, die über alle Jahre von Generation zu Generation unter dem Panzer der offiziellen Staatsideologie tradiert worden waren. Von der SED-Führung waren ausländerfeindliche Stimmungen gegenüber den ins Land geholten Vertragsarbeitern mit Nachsicht umgangen worden. So stieß Alexander Schalck, der für den Import vietnamesischer Arbeitskräfte in die DDR zuständig war, 1988 auf Schwierig-

23 Sekretariat des Zentralrats der FDJ: Über einige wichtige Probleme und Ergebnisse des Einsatzes im Kreis Prenzlau zur Untersuchung der massenpolitischen Arbeit unter der Landjugend, Anlage zum Sekretariatsprotokoll Nr. 97 v. 9. Juni 1965. FDJ-Zentralrat ZAG, SAPMO-BArch, DY 24/1.554.

24 Edwin Schwertner: Protokoll Nr. 5 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988, TOP 14. Informationen des Zentralrates der FDJ „über Versuche des Klassenfeindes verstärkt politisch-ideologischen Einfluß auf die Jugend zu nehmen. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen“. SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV 2/2 2258, Arbeitsprotokoll J IV 2/2A 3093, Bestand Politbüro. Auszüge dieses FDJ-Berichtes und MfS-Analysen über „negativ-dekadente Jugendliche“ sind enthalten in Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Nr. 1/93, Schriftenreihe B der Abteilung Bildung und Forschung des BStU.

25 Vgl. das Dokument der HA XX des MfS in Walter Süß a.a.O. S. 106.

26 Vgl. Anlage zum Protokoll Nr. 5 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988, TOP 14., a.a.O.

keiten bei der Unterbringung seiner „VAK-Kontingente“ - VAK stand für vietnamesische Arbeitskräfte. Ein in Schwerin geplantes Wohngetto mußte wegen „Diskussionen in der Bevölkerung“ an einer anderen Stelle errichtet werden.²⁷ Mit der Bevölkerung ist über diese Angelegenheit damals von den leitenden Herrn der DDR nicht diskutiert worden.

Die Gründe für die breite Zustimmung, die der Nationalsozialismus nach 1933 in der deutschen Bevölkerung fand, waren in der DDR kein Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Schon der Begriff Nationalsozialismus war tabu, weil die SED sowohl die Idee des Sozialismus als auch den Gedanken der Nation ideologisch positiv besetzt hatte. Offiziell wurde verkündet, daß Deutschland zwischen 1933 und 1945 dem Hitlerfaschismus anheim fiel, weil es den am meisten reaktionären Kräften des Finanzkapitals gelungen war, ihren Sachwalter Adolf Hitler und dessen demagogische Partei an die Macht zu bringen. An den Universitäten und Akademien der DDR wurde der deutsche Faschismus in diesem Sinne als Oberflächenphänomen erforscht, an den Schulen ein platter Antifaschismus gelehrt und der Westen bezichtigt, Hort für alte und neue Nazis zu sein. Die faschistischen und nationalistischen Kräfte saßen im Westen, die DDR-Bürger standen auf der richtigen, der Siegerseite der Geschichte.

Rassismus und Antisemitismus - kein Thema

In Forschungs- und Bildungseinrichtungen der DDR spielte die antisemitische und rassistische Komponente des Nationalsozialismus eine untergeordnete Rolle. Walter Ulbricht hatte zwar im Moskauer Exil einmal vorsichtig angedeutet, daß die KPD vor 1933 die Bedeutung des Rassenhasses in der nationalsozialistischen Ideologie „nicht genügend erkannt“ habe,²⁸ doch hatte diese Selbstkritik für die spätere SED kaum Konsequenzen. Im Gegenteil, es existierte sogar eher eine Neigung, dem Thema keinen allzu großen Reflexionsraum zu bieten. Aufschlußreich ist für diesen Zusammenhang ein Briefwechsel zwischen Arnold Zweig und Albert Norden aus dem Jahre 1959. Der greise Dichter wandte sich unter dem Eindruck antisemitischer Wandschmierereien in Westdeutschland an das Politbüromitglied Albert Norden, einen Rabbinersohn, und schlug ihm vor, seinen 1919 für die „Weltbühne“ geschriebenen Essay, „Die antisemitische Welle“, in der DDR wieder zu veröffentlichen. Norden ging in seinem Antwortschreiben nicht auf Zweigs Anliegen ein, sondern ließ sich über die Vorgänge in der Bundesrepublik als „Skandal erster Ordnung“ aus. Die SED verfüge Beweise, „daß die Adenauer-Regierung der politischen Kriminalpolizei Anweisung gegeben hat, die antisemitischen Aktionen in Westdeutschland den Kommunisten in die Schuhe zu schieben“. Es sei zu überlegen, wann „Sie (Zweig - JS) persönlich durch öffentliche Stellungnahme eingreifen“. Arnold Zweig war aber gerade der Auffassung, daß eine Wiederveröffentlichung seiner Überlegungen, „unter welchen Umständen ist eine deutsch-jüdische Lebensgemeinschaft prinzipiell möglich“, das Probate wäre, um auf wieder aufkeimende antisemitische Regungen in Westdeutschland zu reagieren. Doch sein Essay aus dem Jahre 1919 enthielt für die DDR Problematisches. Es wandte sich nämlich gegen

27 Siehe Alexander Schalck: Information vom 8. März 1989 zum Stand der Realisierung des Beschlusses zur Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werkträger in sozialistischen Betrieben. BArch, DL 2/KoKo/564.

28 Vgl. Walter Ulbricht: Der Hitlerfaschismus, die Herrschaft der am meisten kriegerischen, raubgierigen und terroristischen Kräfte des Monopolkapitals. Niederschrift einer Lektion, gehalten vor deutschen Genossen in Moskau 24. Dezember 1944, in Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aus Reden und Aufsätzen Bd. II, Berlin 1966 S. 188 f.

solche Juden, die die Existenz eines jüdischen Volkes ablehnten. Zweig hatte in seinem Weltbühnentext gefordert: „Das jüdische Volk erhält ein Land, sein Land: Palästina.“ In Deutschland könne eine „redliche und vertrauliche Symbiose“ verwirklicht werden, wenn ein „Zusammenleben auf der reinlichen und klaren Erkenntnis der Unterschiede und Gemeinsamkeiten und des beiderseitigen guten Willens“ möglich gemacht würde, und zwar ohne daß sich die deutschen Juden von dem „jüdischen Volke und seinem neuzubauenden Hause“ Palästina abzutrennen hätten.

Norden antwortete nach erneuter Nachfrage Zweigs am 19. Mai 1959 dann doch in der Sache und sprach sich gegen einen Wiederauflage aus. Zweig reduziere, was aus der Sicht von 1919 verständlich sei, den Antisemitismus im wesentlichen auf einen Kampf zwischen „arischem“ und jüdischem Mittelstand. „Heute wissen wir, welche entscheidende Rolle ein großer Teil des nichtjüdischen Finanzkapitals bei der Organisation und Finanzierung der verschiedenen Arten der antisemitischen Bewegung spielte.“ Die psychologischen Momente, die Zweig beschreibt, seien nicht zu leugnen. Jedoch sie allein zu behandeln, „kann uns in die Position desjenigen bringen, der wider Willen Wasser auf die antisemitischen Mühlen gießt (Neid auf die Überlegenheit des Juden als Händler oder geistiger Mensch, worauf die Streicher nur den Akzent zu setzen brauchten, daß die Überlegenheit ein Resultat des betrügerischen Charakters der Juden sei). Aber so frage ich mich, ist die ganze Sache, ist dieser Streit nicht anachronistisch? Die jüdische Schicht, um die es in Ihren Aufsätzen geht, existiert doch in Deutschland gar nicht mehr, sie wurde sozial und größtenteils physisch vernichtet. Hat es noch Sinn das Problem aufzurollen“?

Mit der klassenlosen Gesellschaft, der die DDR entgegen gehe, „werden die paar tausend Juden bei uns völlig assimilieren, ein Prozeß, der schon im Gang ist (drüben in der Sowjetunion hat diese Assimilierung bereits entscheidende Etappen hinter sich gebracht). Was den Antisemitismus in Westdeutschland betrifft, so vermag ich ihn nicht als Phänomen für sich zu betrachten, sondern als Teil der Ideologie und Praxis des wiedererwachten Imperialismus, für den die Juden ja nur ein (unterstrichen) Angriffsprojekt sind. Sie, lieber Genosse Zweig, heben in der Ihnen eigenen schönen Form das Problem auf die gefühlsmäßige, die psychologische Ebene. Wäre es nicht richtiger, bei der erwiesenen Erklärung zu bleiben, daß der Antisemitismus eine Waffe des imperialistischen Finanzkapitals zur Kanalisierung der Volksleidenschaft in die jenem erwünschte Richtung, daß der Rassismus ein Teil der Herrenrasse-Ideologie war und bleibt? Und daß erst und allein der Sozialismus den Antisemitismus an seiner Wurzel packt und ihn später völlig ausrotten wird (später, weil Reste der antisemitischen Vorstellungen den Kapitalismus eine Zeitlang überleben; die Köpfe denken oft noch in der alten Zeit, wenn die Hände schon im Sozialismus tätig sind).“ Norden fügte noch an, daß die Artikel jüngerer Lesern „unverständlich bleiben müssen“, da die Situation von 1919 nicht mehr gegeben sei.

Arnold Zweig erwiderte am 22. Mai 1959, er teile nun Nordens Bedenken, es sei doch am besten die „alten Antisemitismus-Aufsätze wieder in die Schublade zu legen, aus der sie auftauchten. Die Drachensaat, welche sich drüben wieder regt, veranlaßte, daß ich mich diesem alten Material vorübergehend wieder zuwandte und mir vorlesen ließ, was ich vor fast dreißig Jahren - ja mehr als dreißig - den Zeitungen übergab. Heute sehe ich selber alle diese Probleme viel weniger isoliert als damals.“²⁹

Tatsächlich existierten nichtassimilierten Juden in der DDR nur als verschwindende Minderheit. Die jüdischen Gemeinden fristeten über viele Jahre ein Leben am Rande

29 Der Briefwechsel findet sich in SAPMO-BArch, NY 4217/14, Nachlaß Norden.

der Gesellschaft und dienten vor allem als außenpolitisches Aushängeschild. Bei den großen Erinnerungsinszenierungen spielten sie keine Rolle. Die Zahl der Ost-Berliner Gemeindemitglieder sank von 2.913 im Jahr 1946 auf 203 im Jahr 1989. Die acht jüdischen Gemeinden hatten 1989 knapp 400 Mitglieder.³⁰ Erst in den achtziger Jahren bemühte sich das Regime um die verbliebenen bekennenden Juden in der DDR, weil die Vereinigten Staaten von Amerika eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen und die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel für die DDR von der Regelung offener Vermögens- und Entschädigungsfragen abhängig machten.

Die rüde „antizionistische“ Propaganda, die von der DDR über lange Jahre betrieben wurde, rückte ein konstitutives Element des von den Nationalsozialisten verbreiteten Weltbildes in eine veränderte Vorurteilsperspektive. Die offizielle Antifa-Legende hatte die jüdischen Opfer von Anfang an hinter der kommunistischen Leidens- und Kampfgeschichte einsortiert und mit den Jahren zunehmend verschwinden lassen. So erhielt der Nationalsozialismus nicht nur eine andere Färbung, der offizielle „Antizionismus“ transformierte die Fama von der „jüdischen Weltverschwörung“ in modifizierter Form in die sozialistische Menschengemeinschaft. Der Zionismus wurde als „ideologische und politische Bewegung der reaktionären und jüdisch-nationalistischen Großbourgeoisie“ bezeichnet.³¹ Israel hinwiederum wurde als von den reaktionärsten Kreisen des US-Finanzkapitals ausgehaltener und hochgerüsteter Vorpostens des Imperialismus im arabischen Raum angegriffen und das US-Finanzkapital befand sich - wie das Volk schon in der ersten Diktatur gelernt hatte - zu erheblichen Teilen in den Händen „jüdischer Finanzmagnaten“. So schloß sich der Kreis der beiden Weltbildhälften in etlichen Köpfen und die Ressentiments aus alten Zeiten erhielten neue Nahrung.

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung tritt deutlicher zutage, wo die Vorurteile ihre Wurzeln haben. Die linken Geschichtsbilder, die im moralisch hochgerüsteten Westdeutschland vor 1989 envogue waren, verloren durch den Wegfall der ostdeutschen Sichtblenden einiges von ihrer Strahlkraft. Sozialdemokratisch orientierte Zeitgeschichtsheroen haben sich gegenüber dem kommunistischen Totalitarismus erstaunlich flexibel gezeigt. Weitgreifend vermaß und analysierte waren die Ereignisse auf dem rechten Flügel des großen Schlachtfeldes, als der eiserne Vorhang fiel und die andere Seite des Zwanzigsten Jahrhundert unabweislich ins Blickfeld drängte. Nach 1989 wurden viele linken Augen geöffnet, die bis dahin verbissen zugekniffen waren. Es gibt deshalb viele Gründe dafür, ohne Selbstüberhebung die antifaschistischen Legenden des SED-Regimes auf den Boden der ostdeutschen Tatsachen zurückzuführen, die recht eigentlich zur gemeinsamen Geschichte des geteilten Deutschland gehören.

30 Vgl. hierzu grundlegend Ulrike Offenberg: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998. Die Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden findet sich ebenda auf S. 326.

31 Offenberg a.a.O. S. 199 ff.